Wenn ich es nicht selbst erlebt hätte, würde ich nicht glauben, dass es möglich ist: Umfrage-Institute fragen den Auftraggeber, welches Ergebnis er wünsche. Diese Praxis hat zurzeit vermutlich wieder Hochkonjunktur: Die Ergebnisse für das Bündnis Sahra Wagenknecht werden runter-, die der Linken werden hochgeschrieben. Zum Beispiel: Die für das *ZDF* arbeitende Forschungsgruppe Wahlen sieht mit Datum 24. Januar die Linke bei 5 Prozent und das BSW bei 3 Prozent, Allensbach sieht Stand 23.1. das BSW bei 5 Prozent, die Linken sind unter Sonstige eingeordnet, also ganz klein; YouGov sieht das BSW bei 6 Prozent und die Linke bei 4 Prozent. Zur Erinnerung: Das BSW hat 2024 in ostdeutschen Ländern bei Wahlen (!) zweistellige Ergebnisse erzielt. Es gibt keinen objektiven Grund, warum das BSW seitdem, also in kurzer Zeit, auf 3 Prozent abgesackt sein sollte. **Albrecht Müller**.

Es gibt aber in jenen Kreisen, die zum Beispiel die vom BSW favorisierte Verständigung mit Russland nicht wollen, „gute“ Gründe, das Bündnis Sahra Wagenknecht aus dem Deutschen Bundestag herauszuhalten. Seine Abgeordneten würden die Atmosphäre der Kriegsertüchtigung stören. Das ist einer der Gründe dafür, das BSW draußen zu halten. Und dies versucht man zurzeit mit der Veröffentlichung von Umfrageergebnissen, die das BSW auf dem absteigenden Ast sehen.

Dass man mit der Veröffentlichung von Umfrageergebnissen Meinung machen kann … darauf haben wir auf den *NachDenkSeiten* schon des Öfteren hingewiesen. Zum letzten Mal hier.

Mit demokratischer Willensbildung hat dies nichts mehr zu tun. Deshalb verlangen wir von den Leitern der Umfrage-Institute eine Eidesstattliche Erklärung, dass die von ihnen veröffentlichten Ergebnisse auf echten Erhebungen und nicht auf Rücksprache mit Auftraggebern oder anderen Einflüssen gründen.

Dieses Verlangen würde vermutlich wirken, denn die Chefin oder der Chef eines Umfrageinstituts würde das Risiko, das mit einer Falschaussage bei einer Eidesstattlichen Erklärung verbunden ist, vermutlich nicht eingehen wollen.

Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, sich diese Forderung zu eigen zu machen und dabei zu helfen, sie in der deutschen Öffentlichkeit zu verbreiten. Leiten Sie deshalb bitte diesen Beitrag der NachDenkSeiten über Ihren E-Mail-Verteiler weiter. Und erheben Sie Ihre Stimme gegen den wieder einmal festzustellenden Missbrauch von Umfragen.

Leserbriefe zu diesem Beitrag finden Sie hier.